

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 5

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Mai-Demonstration in Caracas.

dieser Veranstaltung, an der Kommunisten aus Venezuela, der Dominikanischen Republik, Bolivien, Peru, Kolumbien und Panama teilnahmen, war eindeutig antisowjetisch und daher ein Ereignis, das man als prochinesisch bezeichnen könnte. Trotzdem war ein Vertreter Moskaus als «Beobachter» anwesend, der sich als Towaritsch Tarasow ausgab; ebenso ein Franzose, der sich als Antoine Benoit, Journalist, vorstellte. Dass der Kreml über die Entwicklungen links von den offiziellen KPs sowjetischer Observanz orientiert sein will, ist nur verständlich; dass die «Maoisten» dies zulassen, dagegen weniger.

Kolumbien: Kampf im Urwald und in der Hauptstadt

In Kolumbien wird der Kampf sowohl im Urwald als auch in der Hauptstadt geführt. Ein gut organisierter Mob zerstörte und plünderte in Bogota Mitte Januar zahlreiche Geschäfte, warf Autos um und legte bei verschiedenen Gebäuden Feuer an. Das erinnert an die als «Bogotazo» in die lateinamerikanische Geschichte eingegangene Massenzerstörung Bogotas 1948, als die inter-amerikanische Aussenministerkonferenz dort stattfand. An diesem Ereignis beteiligten sich die kubanischen Brüder Castro zum erstenmal aktiv an der Politik, so wie sie sie verstehen.

Das friedliche Costa Rica hat sich inzwischen in die Ausgangsbasis für terroristische Aktionen gegen das De-facto-Regime in Panama verwandelt. Die Nationalgarde von Panama versuchte in zwei Konfrontationen, die aus Costa Rica strömenden Partisanen in einem entscheidenden Gefecht zu vernichten. Ausser zahlreichen Opfern in den eigenen Reihen und der Verwüstung eines bedeutenden Teiles der Kaffee-Ernte in der fruchtbaren Gegend von Chiriqui erreichten sie jedoch kaum etwas, da die Freischärler sich geschickt nach Costa Rica zurückzogen, dessen Regierung das Regime in Panama völkerrechtlich nicht anerkannt hat.

Trotz der autoritären Herrschaft des General-Präsidenten Costa e Silva in Brasilien machen sich die «Pekinesen» auch in diesem Land stark bemerkbar. Anfang Januar organisierte der Führer des prochinesischen Flügels der brasilianischen KP, Carlos Marighela, eine Maschinengewehrbande, die mit gut koordinierten Terrorangrif-

fen eine Reihe von Autos der Polizei zerstörte. Die Gruppe der brasilianischen Maoisten arbeitet mit einer raffinierten Taktik, die zur Verwirrung der Polizei beiträgt, indem in verschiedenen Gegenden von Rio gleichzeitig Ueberfälle unternommen und die dazu benutzten Autos ständig gewechselt werden. Einige der Terroristen führten ihre Anschläge in gestohlenen Uniformen von Heeresoffizieren durch.

Bei den Studenten werben — für den Bauernaufstand

Die Militärregierung von Peru, die ihre ausbleibende Popularität unter anderem durch Schikanieren von ausländischen Investoren wettzumachen versucht, hat ebenfalls das Partisanenproblem zu konfrontieren. Der Rektor der Universität San

Marcos von Lima musste unter dem Druck der kommunistischen Studenten chinesischer Provenienz zurücktreten. In Peru rekrutieren die Maoisten ihre Anhänger unter der akademischen Jugend, mit der bizarren Absicht, in den nächsten sechs Monaten eine Bauernrevolte durchzuführen.

Aus dieser Schilderung ist ersichtlich, dass Lateinamerika auch in Zukunft das Terrain von grossangelegten, von Peking in Havana geplanten Partisanenoperationen sein wird. Ob es sich dabei um politische Handlungen mit militärischem Anstrich handelt oder ob die Herrscher in Kuba und China tatsächlich glauben, mit jeweils 50 oder 100 Mann die Macht in dem einen oder dem anderen Land unseres Kontinents erlangen zu können, ist schwer mit Genauigkeit festzustellen. ■

Das Wohnungsproblem in Ungarn

Den Kapitalismus überflügeln... ...auch mit Mietzinsen!?

Von Gabor Erdelyi

In Budapest werden die Mietzinse erhöht, was ein Anliegen der sozialen Gerechtigkeit genannt wird und zur Bekämpfung der Wohnungsnot beitragen soll. «Wenigstens kann man in diesen Ländern billig wohnen», pflegt man zu sagen, wenn man erwähnt, dass dort die Kaufkraft der Löhne nur einen Bruchteil der unsrigen ausmacht. Nun, die Löhne bleiben niedrig, aber zur Anpassung an den westlichen Lebensstandard steigt zunächst einmal die Miete.

Budapest ist eine Zweimillionenstadt geworden. Nach dem Krieg hat sich die Stadt schnell vergrössert: viele Gemeinden in der Peripherie wurden verschmolzen, viele Bauern vom Lande flohen vor der Arbeitslosigkeit oder Misere der Kollektivwirtschaften in die Industrie von Budapest.

Dieses Wachstum drückte seinen Stempel auf die chronische Wohnungsnot in der ungarischen Hauptstadt, um so mehr, als der Krieg 60 Prozent der Wohnungen zerstört hatte. Viele neue Wohnviertel wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten gebaut, konnten aber den Bedürfnissen nicht gerecht werden. 1960 startete die Kommunistische Partei einen Fünfzehnjahresplan, in dem sie versprach, mit dem Bau von 1 000 000 neuen Wohnungen im Lande der Krise Herr zu werden. In «Nepszabadsag» (9. Februar 1969) gestand nun Josef Balint, Abteilungsleiter im ZK, dass einerseits nicht nur die eine Million Wohnungen bis 1975 nicht fertiggestellt werden können (bis 1970 werden lediglich zirka 580 000 Wohnungen gebaut), sondern dass andererseits die Partei auch den tatsächlichen Bedarf weitgehend unterschätzt hat. Die Befriedigung des Wohnungsbedarfes wird also weit über 1975 hinaus auf sich warten lassen.

Gleichzeitig liess Josef Balint aber auch erkennen, dass augenblicklich die grösste Sorge der Partei nicht so sehr den wenigen Wohnungen, sondern den niedrigen Mietzinsen gilt: «In den schwersten Heldenzeiten des sozialistischen Aufbaus waren die niedrigen Mietzinsen allerdings gerechtfertigt und bedeuteten tatsächlich eine Erregungsschicht. Das haben wir auch oft bei Vergleichen mit dem Ausland betont. Das heutige Mietsystem kann aber nicht mehr länger auf-

rechterhalten werden, und zwar aus mehreren Gründen.»

Der wichtigste von diesen mehreren Gründen ist, dass gewisse Bevölkerungsschichten zu billig wohnen, andere jedoch, die keine Mietwohnung vom Staate erhalten hatten, gezwungen waren, grosse finanzielle Belastungen auf sich zu nehmen. Der sozialistische Staat kann natürlich solche sozialen Ungerechtigkeiten nicht dulden, so Balint, und will deshalb die niedrigen Mietzinsen erhöhen.

Abschaffung einer «sozialen Ungerechtigkeit» — Die gab es also?

Wie entstanden diese «sozialen Ungerechtigkeiten»? 1948 wurden in Ungarn auch sämtliche Mietshäuser verstaatlicht. Neubauten sollte und konnte nunmehr ausschliesslich der Staat unternehmen.

Noch vor der Verstaatlichung waren die Mietzinsen im Sinne des Kampfes gegen die Ausbeutung der Hausbesitzer im Jahre 1947, nach der Währungsreform, äusserst niedrig festgesetzt worden. Für eine 2-Zimmer-Wohnung ohne Bad (in den alten Wohnvierteln von Budapest, wo die grosse Mehrzahl der Arbeiter und Kleinangestellten wohnen, waren die Badezimmer noch selten, ähnlich wie in den alten Wohnvierteln von Paris!) musste man monatlich 30—40 Forint bezahlen, das bedeutete 2—3 Prozent des Durchschnittsgehalts. An diesen Mietzinsen hat der Staat bisher nichts geändert. Wesentlich höher wurde der Mietzins in den Neubauten festgesetzt. Für eine 2-Zimmer-Wohnung mit Bad (die neuen Wohnungen entsprechen schon den modernen sanitären Vorstellungen, dem gegenüber ist aber die Wohn-

fläche zusammengeschrumpft. Eine 2-Zimmer-Wohnung hat eine Gesamtoberfläche von 40—50 Quadratmeter!) verlangte der Staat einen Monatszins von 130—160 Forint (in den fünfziger Jahren) und 160—200 Forint (in den sechziger Jahren). Aber auch das bedeutete nur 8—15 Prozent eines Monatsgehaltes. (Die offiziellen ungarischen Statistiken sprechen zwar von 4—8 Prozent, denn sie gehen von der Vermutung aus, dass beide Ehepartner verdienen und so nur die Hälfte des Wohnzinses einen Werktätigen belasten!).

Unterdessen hatte die Partei schon längst wahrgenommen, dass die Wohnungsnot nur durch staatliche Wohnungsbauten nicht zu lindern war. So wurden auch andere Wege des Wohnungsbaus gesucht und gefördert:

Nebenwege zur Förderung des Wohnungsbaus

- Da Familienhäuser im Privatbesitz geblieben waren, wurde der Bau von Familienhäusern auf individuellem Weg ermutigt. Verstaatlichte Grundstücke wurden den Bauwilligen kostenlos zur Verfügung gestellt (diese Massnahme fand vor einigen Jahren ein Ende, heute erreichen die Grundstückpreise nie gesehene Höhen!), Baumaterialien wurden preisgünstig freigegeben.
- Der Staat liess sogenannte Genossenschaftswohnungen bauen. Sie unterscheiden sich von den staatlichen Wohnungen darin, dass der Begünstigte für eine 2-Zimmer-Wohnung mit Bad z. B. zirka 20 000 Forint in bar abzahlen muss (zirka 14 Monate Durchschnittslohn) und 30 Jahre lang etwa monatlich 300 Forint (20 Prozent des Durchschnittslohns) abzuzahlen hat. Nach 30 Jahren geht die Wohnung in seinen Besitz über.
- Der Staat liess sogenannte Eigentumswohnungen bauen. Der Preis einer 2-Zimmer-Wohnung mit Bad lag um die 130 000—140 000 Forint. Solche Wohnungen wurden denen zugeteilt, die die höchste Barzahlung bieten konnten, für den Rest wurde ein staatlicher Kredit gewährt (mit 3—4 Prozent Zinsen).
- Der Staat ermutigte die gemeinschaftliche Bauten, wo sich mehrere Familien zum Bau eines Mehrfamilienhauses gesellten. Sie bekamen Kredite und Baumaterialgenehmigungen.

So hatten viele Familien, die die Zuteilung einer staatlichen Wohnung nicht abwarten konnten, grosse finanzielle Belastungen auf sich genommen, um ihr Wohnungsproblem zu lösen. Die Partei findet es nun eine unzumutbare gesellschaftliche Ungerechtigkeit, dass ein Teil der Bevölkerung in den billigen staatlichen Wohnungen in einer bevorzugten finanziellen Lage lebt, der andere Teil jedoch grosse Lasten zu tragen hat.

Die neuen Massnahmen

Josef Balint kündigt deshalb folgende Massnahmen an:

- Die Mietzinsen sollen in den staatlichen Wohnungen soweit erhöht werden, dass ein Gleichgewicht entstehe.
- In Zukunft soll niemand mehr kostenlos eine staatliche Mietwohnung erhalten, sondern einen entsprechenden Bauzuschuss zahlen.
- Im allgemeinen soll die überwiegende Mehrzahl der neuerbauten Wohnungen in Form einer Genossenschaftswohnung (und nicht Mietwohnung) den Wohnungsberechtigten zur Verfügung gestellt werden.
- Altbauten (mit den niedrigsten Mietzinsen) sollen den Anwohner in «genossenschaftliche Bewahrung» übergeben werden. (Das bedeutet, dass die Anwohner des Hauses für die Reparaturen und das Instandhalten des Hauses selbst aufzukommen haben.)

Die Ankündigung dieser Massnahmen hat in breiten Schichten der Bevölkerung grosse Unruhe erweckt. Es ist nämlich eindeutig, dass vor allem die Arbeiter und die unteren Klassen der Beamten und Angestellten davon betroffen werden, die mangels finanzieller Mittel keine Eigentumswohnung (oder Familienhaus) oder mangels Protektion keine moderne Miet- oder Genossenschaftswohnung erwerben konnten.

Andererseits ist es auch eindeutig, dass mit der Einführung des «neuen Wirtschaftsmechanismus», der Liberalisierung der stalinistischen Planwirtschaft, wo man auf Rentabilität und Kostenpunkte bedacht sein muss, alle scheinbaren «Errungenschaften des Sozialismus» neu überprüft werden müssen. Es stellt sich jedoch die Frage: Wenn nun die irrationalen Mietzinsen der stalinistischen Zeiten auf einen realen Markt-

preis erhoben werden müssen, müssten dann nicht gleichzeitig auch die irrationalen Löhne und Gehalte überprüft werden!?

Josef Balint sprach aber nur von den Mieten. Die Wirtschaftsreformer in Ungarn haben es wahrhaftig nicht leicht, sie haben ein übles Erbe übernommen: auf allen Gebieten zeigt sich der Bankrott des herkömmlichen Sozialismus Moskau-Prägung. Die Frage ist: Wie kann man diese Schwierigkeiten überwinden, wenn sich Schritt für Schritt alle einstigen «Errungenschaften» als Pseudoerrungenschaften entlarven, wenn heute, nachdem 25 Jahre lang die ständige Lösung galt: «Wir müssen den Gürtel enger schnallen», diese Lösung auch von den Reformern wiederholt und bestätigt werden muss.

Josef Balints Erläuterungen in «Nepszabadsag» lassen vorläufig darauf schliessen, dass der Sozialismus auf dem Gebiet der Mietzinsen den Kapitalismus einholen, sogar auch etwa überflügeln wird...

Aber so hat man es eigentlich nicht gedacht...

Budapest und die Kirche

Y. In Ermangelung anderer west-politischer Kontakte und um die heimatliche Öffentlichkeit risikolos zu beschwichtigen, spiegelt das Kadar-Regime eine «Klimabesserung» mit dem Vatikan vor und spielt die jüngsten, seit fünf Jahren fälligen Neubesetzungen von Bischofsstühlen sowohl innen- als auch aussenpolitisch hoch.

Das Blatt «Magyar Hírek» brachte über seine gesamte Grossformat-Titelseite die Photo zweier Bischöfe im Gespräch mit dem Staatspräsidenten Pal Losonczi, während im Blattinneren Tibor Pethö, Sohn des bekannten Vorkriegs-Journalisten Sandor Pethö, den Beziehungen Ungarn—Vatikan eine regimetreue Betrachtung widmet. Das Diktat des Stalinisten Rakosi aus dem Jahre 1948 nennt Pethö «Abkommen» und dessen Verlängerung (1968) um weitere 20 Jahre bezeichnet er als «Normalisierung». Den Text des von den katholischen Würdenträgern soeben auf den Staat geschworenen Treue-Eides enthüllt allerdings keine offizielle Quelle. Man muss sich demnach fragen, ob er, dem CSSR-Muster des Prager Bischofs Dr. F. Tomasek entsprechend, die entscheidend wichtige Klausel enthält, wonach sich der Geistliche bloss zu dem staatlichen Gehorsam verpflichtet, der «mit dem Gewissen eines Bischofs vereinbar ist».

Genau so, wie man hinsichtlich dieses Problems im unklaren bleibt, erscheinen auch weitere Faktoren des religiösen Lebens dicht verschleiert. Lüftet der Staat (und dessen Politpolizei) den stillen Bann über Kontakte der Jugend mit der Geistlichkeit? Werden die in Geheimprozessen abgeurteilten etwa 35 Priester freigelassen und in ihre Ämter wieder eingesetzt? Dürfen ihre mitangeklagten Jugendlichen («illegaler Religionsunterricht») die Gefängnisse verlassen und der Berufs- bzw. Mittelschulausbildung nachgehen? Erhält die religiöse Presse angemessene Atemfreiheit und Papier, um ihre Mission zu erfüllen? Welche moralischen und finanziellen Möglichkeiten werden der Heranbildung des Priesternachwuchses gewährt? Erst schlüssige Antworten auf diese Fragen werden darauf hinweisen, ob sich die Kirchenlage in Ungarn wirklich entspannt hat.



Neue und alte Wohnhäuser in Budapest. Welche Preise wofür?